



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Charlotte Biskup
Persönliche Referentin

Büro:
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Montag, Mittwoch – Freitag
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 05.09.2013

Pressemitteilung des MdL Lehmann: „Bundesregierung sitzt Konflikt um Fluglärm aus!“

Trotz der Ankündigung des Bundesverkehrsministeriums, Neuverhandlungen zur Regelung des Flugverkehrs des Flughafens Zürich über deutschem Hoheitsgebiet aufzunehmen, lehnt das Verkehrsministerium nun jegliche Aktivität zur Besserung der Situation der betroffenen Regionen ab. „Sowohl die Antwort aus dem Verkehrsministerium auf eine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion als auch ein Schreiben aus dem Bundesverkehrsministerium an das Baden-Württembergische Ministerium für Verkehr, Bau und Infrastruktur machen deutlich, dass die Bundesregierung keine Notwendigkeit zur Neuverhandlungen sieht, sondern den alten Vertragsentwurf ratifizieren möchte und das Thema bis nach der Bundestagswahl aussitzen wird!“, kritisiert Lehmann und verweist auf das Schreiben des Staatssekretärs Odenwald.

Entgegen der Aussage des CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Jung im Südkurier vom 14. August, „Es wird kein Weg daran vorbeiführen, dass die Schweiz den Vertrag noch einmal ratifizieren muss.“, beabsichtigt die Bundesregierung nach Aussage des Bundesverkehrsministers Ramsauer keineswegs, den Staatsvertrag mit der Schweiz neu zu verhandeln. Dies wird nun wiederholt belegt durch ein Schreiben aus dem Bundesverkehrsministerium an die Staatssekretärin Dr. Splett. Darin heißt es, „Eine Verschärfung der deutschen An- und Abflugbestimmungen zum und vom Flughafen Zürich im Rahmen einer Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Luftverkehrsordnung (DVO) halte ich in der derzeitigen Lage für nicht zielführend.“ Aus der Antwort des

Verkehrsministeriums auf eine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion wurde jüngst deutlich, dass die Bundesregierung beabsichtigt, den bestehenden Text des Staatsvertrages verabschieden zu lassen. „Offensichtlich beabsichtigt die Bundesregierung in keinster Weise, die Interessen der vom Fluglärm betroffenen Region durch eine Neuverhandlung des Staatsvertrages oder durch eine Überarbeitung der bestehenden Bestimmung zu verbessern!“, zeigt sich Lehmann entrüstet.

Lehmann weist nochmals auf die Stuttgarter Erklärung hin: „Die grün-rote Landesregierung hat deutlich gemacht, dass einem Staatsvertrag nur zugestimmt werden kann, wenn die Reduzierung der Anflüge über Deutschem Hoheitsgebiet auf max. 80.000 pro Jahr, keine Flughöhenabsenkung der An- und Abflüge, keine Umweg- und Warteflüge über deutschem Hoheitsgebiet und die Aufhebung des Warteraumes RILAX völkerrechtlich verbindlich geregelt werden.“